

WIRTSCHAFT

Das Vorarlberger Medienhaus steht vor einem Einstieg beim «Volksblatt».

SEITE 3



PERSÖNLICH GEFRAGT

Beim Aufbau junger Firmen ist Berater Donat Marxer in seinem Elan.

SEITE 9

Möchten Sie in ein aufstrebendes Jungunternehmen (AG) langfristig Kapital investieren?

Gerne präsentieren wir Ihnen unser Unternehmen und unseren Businessplan. Interessiert? Senden Sie uns einfach ein E-Mail: Kapital@adon.li

Turbulente Woche

Sowohl bei den Liechtensteinischen Kraftwerken als auch bei der GWK mussten die Geschäftsführer unfreiwillig abtreten. SEITE 3

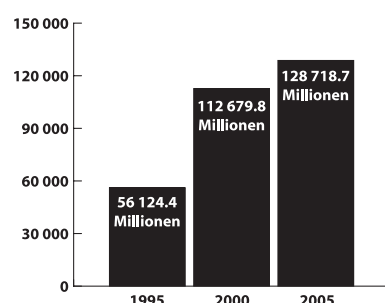
Neuer Anlauf

Nach harscher Kritik am ersten Entwurf hat die Regierung einen neuen Vorschlag zum Marktmissbrauchsgesetz gemacht. Die Reaktionen auf den zweiten Versuch fallen positiver aus. SEITE 3

Gross genug für die gesamte Welt

Mit nur 25 Mitarbeitern liefert die Flumser Evatec weltweit Verdampfungsgeräte. Zum Erfolgsrezept gehören ein Qualitätsprodukt, ein cleveres Vertriebskonzept und die Unaxis-Vergangenheit. SEITE 6

CHART DER WOCHE



Mehr Vermögen verwaltet. Innert weniger Jahre haben die Liechtensteinischen Banken die 100 Mrd.-Franken-Grenze der verwalteten Vermögen geknackt und gleich hinter sich gelassen. 1995 verwalteten die damals fünf Banken des Fürstentums erst ein Kundenvermögen von 56,1 Mrd. Franken. Nur fünf Jahre später war der Betrag bereits doppelt so hoch. Auf dem Höhepunkt des Börsenbooms im Jahr 2000 verwalteten 14 Banken ein Vermögen von 112,7 Mrd. Franken. Zu Beginn des neuen Jahrtausends musste aufgrund der Abstürze an den Finanzmärkten eine kurze Durststrecke überwunden werden. Mit dem neuerlichen Börsenboom im letzten Jahr wurde aber ein klarer neuer Rekordwert erzielt: 15 Banken sind um 128,8 Mrd. Franken besorgt.

Weihnachten für Anleger

Die Hartnäckigkeit einer liechtensteinischen Stiftung könnte schwere Folgen für den Finanzsektor haben. Provisionen in Milliardenhöhe gehören den Kunden und nicht den Banken oder Vermögensverwaltern, entschied das Bundesgericht.

Von Christoph Ammann

Lausanne. – Ein Bundesgerichtsurteil sorgt bei vielen Anlegern für einen Zustupf in die Ferienkasse. Das höchste Schweizer Gericht hat einen klaren Entscheid zu Gunsten der Kunden von Banken und Vermögensverwaltern gefällt. Es zwingt die Finanzunternehmen dazu, gegenüber ihren Kunden auszuweisen, wie viele Retrozessionen (Provisionen) sie bei der Verwaltung eines Depots eingestrichen haben. Dies z. B. beim Kauf eines Fonds oder anderer Finanzprodukte. Die Provisionen stehen grundsätzlich den Kunden zu.

Ausgelöst hat das Urteil ausgerechnet eine liechtensteinische Stiftung, die auch im Zusammenhang mit einem grossen Fall von Wirtschaftskriminalität in Deutschland («Flowtex-Skandal») steht. Die Stiftung zog den Prozess bis vor das Bundesgericht.

Schwer wiegendes Urteil

«Dieses Urteil erschüttert den Finanzplatz», sagt der Zürcher Wirtschaftsanwalt Daniel Fischer. Denn nur ein kleiner Teil der Vermögensverwalter legt die Provisionen den Kunden gegenüber offen und noch weniger leiten die Gelder weiter. Gemäss übereinstimmenden Schätzungen von «Cash» und «Sonntagszeitung» stehen in der Schweiz jährlich mehre-

re Milliarden Franken auf dem Spiel. Bisher sicherten sich Vermögensverwalter und Banken die Provisionen über die Verträge zur Depotführung oder über die Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) zu. So heisst es beispielsweise bei der VP Bank: «Die Bank schliesst es nicht grundsätzlich aus, Dritten für Akquisitionen Vergütungen zu bezahlen oder auf belasteten Gebühren oder Kommissionen Beteiligungen zu gewähren.» Dass ein Kunde jedoch pauschal auf die Provisionen, die hinter seinem Rücken fliessen, verzichten muss, ist nach dem jüngsten Urteil illegal. «Das Bundesgericht entschied klar, dass man nur auf etwas verzichten kann, wenn man genau weiss, auf was man verzichtet», sagt Fischer.

Nach Einschätzung des liechtensteinischen Bankenombudsmanns Peter Wolff präsentiert sich die Rechtslage im Fürstentum nicht anders als in der Schweiz. Dies schliesst Wolff aus dem Allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuch (ABGB). Deshalb sieht sich möglicherweise auch der Finanzsektor in Liechtenstein mit Klagen konfrontiert. In der Schweiz haben bereits die ersten Kunden Forderungen eingereicht.

Urteil als Weckruf

Wirtschaftsanwalt Fischer rät in jedem Fall dazu, sich an einen spezialisierten Juristen zu wenden: «Die Materie ist zu komplex. Bis vor einer Woche wussten die wenigsten, was mit dem Wort Retrozessionen gemeint ist.» Damit spricht er den springenden Punkt des Urteils an. Das Bundesgericht hat die Anleger aufmerksam gemacht, die ihnen schon länger zustehen. Es hat einen schlafenden Hund geweckt. SEITE 4



Zeigte ein Herz für die Anleger: Das Bundesgericht zwingt Banken und Vermögensverwalter dazu, ihre Provisionen offen zu legen.

Bild Keystone

Konjunktur trotz Krisen und Öl

Die Eskalation der Gewalt im Nahen Osten hat keinen direkten Einfluss auf die Schweizer Wirtschaft. Allenfalls könnte ein markanter Anstieg des Ölpreises die Konjunktur dämpfen.

Bern. – Der Konflikt im Nahen Osten dauere bereits seit Jahren, sagte UBS-Ökonom Hanspeter Hausherr. Die Spirale der Gewalt habe sich zwar mit den Bombardements im Libanon weiter gedreht. Sie habe für Europa, die USA und Asien bisher aber keine spürbaren Auswirkungen. Entsprechend gering seien die Einflüsse auf die Unternehmen und die Konsumenten.

Einfluss des Ölpreises

Sollte sich der Konflikt dagegen zu einem Flächenbrand ausweiten, wären Folgen zu erwarten. Das wäre etwa

dann der Fall, wenn Syrien und Iran in den Konflikt eingriffen. Indirekt könnte ein starker Anstieg des Ölpreises die Konjunktur bremsen, sagte Hausherr auf Anfrage weiter. Es sei jedoch schwierig zu sagen, wie gross dieser Effekt wäre. Eine Verteuerung des Erdöls von 20 Dollar vor einigen Jahren auf zuletzt 78 Dollar habe bisher keine Spuren hinterlassen.

Die Ökonomen sind sich uneins, wie stark der höhere Ölpreis die Konjunktur beeinflusst. Empirische Studien zeigen zwar, dass ein um 10 US-Dollar höherer Ölpreis das Wirtschaftswachstum im OECD-Raum in den folgenden ein bis zwei Jahren um rund 0,5 Prozent dämpft.

SECO warnt vor Trugschluss

Die Realität der letzten Jahre zeigt dagegen ein anderes Bild. Daraus den Schluss zu ziehen, dass hohe Ölpreise der Konjunktur nicht schaden, wäre aber verfehlt, hält das Staatssekre-

tariat für Wirtschaft (SECO) in einer Publikation von Ende Juni fest. Die günstigen Rahmenbedingungen, die trotz hoher Ölpreise tiefe Inflation sowie die niedrigen Zinsen dürften das Bild überzeichnet haben. Ein relevantes Risiko bleibe der Ölpreis. Der Gesamtkontext sei aber entscheidend und nicht eine Schmerzgrenze, wie sie hier und dort mit 80 oder 100 Dollar angegeben werde, schreibt das SECO.

Längerfristige Auswirkungen

Für Willy Roth, Ökonom bei der Konjunkturforschungsstelle der ETH Zürich (KOF), ist entscheidend, ob ein allfälliger weiterer Ölpreisanstieg von Dauer ist. Nur dann sei ein Einfluss auf die Konjunktur zu erwarten. Die KOF will die jüngste Entwicklung in ihre Herbstprognose vom 6. Oktober mit einfließen lassen. Das SECO hatte Ende Juni seine Wachstumsprognose für 2006 deutlich nach oben geschraubt. (sda)

Emissionshandel weltweit betreiben

Brüssel. – Die Klimaerwärmung schreitet unaufhaltsam voran. Gegensteuer könnte der weltweite Handel von Emissionsrechten bieten. Bislang wird dieser nur in Europa durchgeführt. EU-Umweltkommissar Stavros Dimas plädiert deshalb für einen Ausbau: «Dieses System ist absolut notwendig, um den Klimawandel weltweit zu bekämpfen», sagt der Grieche im Interview. SEITE 7

Wir schaffen Identität.

TYPOLAY

Konzept und Design

Tel. +41 81 750 65 50
www.typolay.ch

an der Lihga

WEBSTLES

Halle 2 · Stand 28

www.2sic.com

